

Allgemeine Geschäftsbedingungen advokIT Bewertungen (AGB)

1. Geltungsbereich

- 1.1. Wir, das sind **advokIT Rechtsanwälte**, eine Marke der **Weißmann & Partner Rechtsanwälte mbB**, Friedrichstr. 95, 10117 Berlin (nachfolgend „**Wir**“ genannt).
- 1.2. Für unsere Dienstleistungen gegenüber Ihnen als Auftraggeber (nachfolgend „**Sie**“ oder „**Auftraggeber**“ genannt) gelten diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen in ihrer zum Zeitpunkt der Bestellung gültigen Fassung.
- 1.3. Abweichende Bedingungen erkennen wir auch durch Leistungserbringung nicht an, es sei denn, wir stimmen ausdrücklich zu. Individuelle Vereinbarungen, die von diesen AGB abweichen, haben Vorrang vor diesen AGB, sofern wir sie schriftlich vereinbaren.
- 1.4. Hierbei richten wir unsere Angebote unter diesen AGB ausschließlich an Geschäftskunden, auch wenn sie nicht nochmals ausdrücklich vereinbart werden. Verbraucher i. S. d. § 13 BGB ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu einem Zwecke abschließt, der überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann. Unternehmer i.S.d. § 14 BGB ist eine natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit handelt. Als Geschäftskunden gelten ebenfalls Freiberufler, juristische Personen des öffentlichen Rechts (z.B. Behörden), Parteien sowie Vereine.

2. Vertragsgegenstand

- 2.1. Das Mandat umfasst die Durchsetzung von Ansprüchen gegenüber Bewertungsplattformen (z.B. Google, Kununu), insbesondere von Unterlassungs- und Beseitigungsansprüchen, v.a. auf Löschung von negativen Kommentaren über Sie als Auftraggeber.
- 2.2. Eine gerichtliche Durchsetzung erfolgt nur nach Ihrer ausdrücklichen Zustimmung.

- 2.3. Soweit nichts anderes vereinbart ist, ist auf den Vertrag und seine Durchführung ausschließlich deutsches Recht anzuwenden.

3. Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers

- 3.1. Sie haben diejenigen Mitwirkungsleistungen zu erbringen, die zur vertragsgemäßen Leistungserbringung durch uns erforderlich und üblich sind.
- 3.2. Stellen wir fest, dass uns Informationen fehlen, teilen wir Ihnen diese in Textform mit einer angemessenen Frist unter Angabe der maßgeblichen Rahmenbedingungen mit.
- 3.3. Sofern und soweit Sie die von Ihnen geschuldeten Leistungen nicht, nicht rechtzeitig oder nicht wie vereinbart erbringen und dies Auswirkungen auf unsere Leistungserbringung hat, sind wir von der Erbringung der betroffenen Leistungen befreit.

4. Vergütung und Zahlungsbedingungen

- 4.1. Bei den online angegebenen Honoraren handelt es sich um Pauschalhonorare gemäß § 3a, 4 RVG, die keine ausführliche individuelle Rechtsberatung beinhalten.
- 4.2. Sonstige anwaltliche oder gerichtliche Tätigkeiten werden ohne weitere Vereinbarung im Zweifel nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) abgerechnet.
- 4.3. Zahlungen sind nach ordnungsgemäßer Rechnungsstellung fällig. Alle Preise verstehen sich netto zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit eine solche anfällt.
- 4.4. Soweit nicht anders vereinbart, können Rechnungen in elektronischer Form per E-Mail versandt oder online zum Download bereitgestellt werden.
- 4.5. Ihnen ist bekannt, dass die vereinbarte Vergütung die gesetzlichen Gebühren und Auslagen übersteigen kann und dass im Falle der Erstattungspflicht der Kosten durch Dritte (z.B. eine Rechtsschutzversicherung, etc.) von diesen nur die gesetzlichen Gebühren und Auslagen erstattet werden und die dann verbleibende Differenz von Ihnen zu tragen ist.

5. Haftung

- 5.1. Wir haben eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Vermögensschäden aus diesem Beratungsvertrag von 1 Mio. EUR je Einzelfall mit einer Jahreshöchstleistung von 2 Mio. EUR abgeschlossen. Wir sind verpflichtet, die Versicherung mindestens in dieser Höhe für die Dauer dieses Vertragsverhältnisses aufrechtzuerhalten.
- 5.2. Wir haften Ihnen gegenüber in allen Fällen vertraglicher und außervertraglicher Haftung bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen auf Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen.
- 5.3. In sonstigen Fällen haften wir – so weit in Abs. 2 nicht abweichend geregelt – nur bei Verletzung einer Vertragspflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung Sie regelmäßig vertrauen dürfen (sogenannte Kardinalpflicht), und zwar beschränkt auf den Ersatz des vorhersehbaren und typischen Schadens. In allen übrigen Fällen ist unsere Haftung vorbehaltlich der Regelung in Abs. 2 ausgeschlossen.
- 5.4. Unsere Haftung für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und nach dem Produkthaftungsgesetz bleibt von den vorstehenden Haftungsbeschränkungen und -ausschlüssen unberührt.
- 5.5. Soweit unsere Haftung nach den vorstehenden Regelungen ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers.

6. Vertraulichkeit

Über Inhalt dieses Mandats reden wir nur mit den Beteiligten.

7. Datenschutz und Kommunikation

- 7.1. Wir versichern, im Rahmen unserer Leistungserbringung, einschließlich unseres Hinweisgebersystems, die anwendbaren datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

- 7.2. Die Kommunikation erfolgt grundsätzlich per E-Mail, sofern Sie uns auf diesem Wege kontaktieren. Mit der Mitteilung der E-Mail-Adresse willigen Sie jederzeit widerruflich in die uneingeschränkte Zusendung von mandatsbezogenen Informationen per E-Mail ein.

8. Änderung der AGB

Wir behalten uns vor, die AGB im Fall von Dauerschuldverträgen jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu ändern. Im Fall von Änderungen, teilen wir die geänderten AGB zumindest in Textform mit, so dass Sie zwei Wochen Zeit hat, den Änderung zu widersprechen. Im Fall eines Widerspruchs gelten die bisher bestehenden AGB fort. Widersprechen Sie den geänderten Bedingungen nicht innerhalb der Frist, gelten sie als angenommen.

9. Schlussbestimmungen

- 9.1. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 9.2. Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Berlin, Deutschland, wenn Sie Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen sind.
- 9.3. Sofern einzelne Teile oder Formulierungen dieses Textes der geltenden Rechtslage nicht, nicht mehr oder nicht vollständig entsprechen sollten, bleiben die übrigen Teile der hiesigen Vergütungsvereinbarung in ihrem Inhalt und ihrer Gültigkeit davon unberührt.